

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wer sich fragen sollte, warum sich bereits über 1.000 Menschen (Tendenz weiter steigend) in der Fleischindustrie mit dem Covid- 19-Virus angesteckt haben, muss einen Blick auf die dortigen Arbeits- und Lebensverhältnisse werfen.

Vorweg sei gesagt, dass wir als Gewerkschaft Nahrung-Genuss- Gaststätten (NGG) die menschenunwürdigen Bedingungen, die in der Fleischindustrie herrschen, seit Jahren skandalisiert haben und unermüdlich die Politik gedrängt haben, endlich darauf zu reagieren. Man wollte uns nicht zuhören, man hörte lieber auf die Lobby der Fleischmafia und deregulierte diese Branche mit einem System von Werkverträgen, Sub-Sub-Subunternehmen und skandalösen Unterbringungsbedingungen zu Grunde. Der wirklich große Aufschrei für das Elend der Menschen in den Schlachtbetrieben blieb aus.

Erst mussten die Fleischfabriken zu Corona Hotspots werden und eine Gefahr für die Bevölkerung, bis sich jemand für die dortigen Bedingungen der Menschen interessierte. Dass Schlachthöfe zu Corona-Hotspots geworden sind und die Gesundheit von Beschäftigten und Bevölkerung gefährden, ist weder ein Zufall, noch überraschend. Die Wurzel allen Übels sind skandalöse und Klima zerstörende, Tier- als auch Menschenwohl verachtende Produktionsbedingungen. Die deutsche Dumping-Fleischindustrie mit ihren Werkverträgen ist das Krebsgeschwür der deutschen Lebensmittelindustrie und gründet fast ausschließlich auf die kalte und rücksichtslose Ausbeutung von Mensch und Tier.

Als Ausrede für diese Bedingungen wird mit billigem Fleisch Sozialpolitik betrieben. Deshalb gehört zu den Billiglebensmitteln auch Fleisch. Und dann wollen natürlich alle noch dran verdienen: das Unternehmen, der Subunternehmer und natürlich auch der Handel. Dieser Preiswettkampf wird auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen.

Die jetzige Krise führt dazu, dass es einem so vorkommt, als ob von der Gesellschaft eine riesige schwarze Plane heruntergezogen wurde, und darunter erblicken wir auf einmal das ganze Elend, die Armut, die miesen Arbeitsbedingungen (sei es in der Fleischindustrie, der Pflege, im Hotel- und Gastgewerbe uvm.) und wir sehen in geballter Form und noch ungeschminkter als sonst, welche Probleme die kapitalistische Produktionsweise wirklich verursacht und welche sozialen Ungleichheiten sie täglich produziert.

In diesen Tagen hören wir oft Sätze, wir säßen alle im gleichen Boot. Und tatsächlich macht der Virus keinen Halt: weder vor Grenzen noch sozialen

Schichten oder Hautfarben. Aber inmitten des aus den Fugen geratenen Alltags, der drastischen Schutzmaßnahmen und Ängste zeigen sich die eklatanten Ungleichheiten innerhalb unserer Gesellschaft, aber auch weltweit, noch drastischer. Nur wenige können sich bequem in ihr Homeoffice zurückziehen oder das Mehr an Familienzeiten genießen. Noch ist der Reichtum in der Gesellschaft zu ungerecht verteilt, um dieser Krise zu trotzen. Doch das Corona zu solch einer Krise führt, steckt doch in dieser kapitalistischen Produktionsweise – die auf permanente Überproduktion ausgerichtet ist - drin, die mit solchen Naturereignissen nicht umgehen kann.

Und wir als NGG sind uns sicher, wären die Schlachthöfe nicht eine Gefahr – aufgrund der vielen Corona-Infizierten - für die allgemeine Bevölkerung geworden, hätte sich auch weiter kaum jemand für die dortigen Ausbeutungsverhältnisse interessiert. Doch wer sind die Menschen, die in den Schlachthöfen arbeiten müssen? Ihre Schicksale dürfen nicht mehr im Verborgenen bleiben.

Die Beschäftigten in der Fleischindustrie sind zum überwiegenden Teil Saisonarbeiter aus Osteuropa – sie leben oft in Wohnungen die nicht größer sind als 50qm sind, häufig werden dort mehr als 10 Arbeiter*innen zusammengepfercht, die dann auch noch 300 € pro Bett zahlen müssen und sich damit auch noch dubiose Vermieter an deren schwieriger Situation bereichern. Die Arbeiter*innen schieben in den Produktionsbetrieben überlange Doppelschichten. Schulter an Schulter. Einer macht den Schnitt am Tier, der nächste holt die Gedärme heraus, der nächste zerlegt das Tier. Arbeitsteilung...Schulter an Schulter. Danach 5 Stunden Schlaf und weiter geht's.

Gesetzliche Regelungen wie Ruhezeiten und Höchstarbeitszeiten werden ignoriert. 12-Stunden-Schichten und mehr, sind keine Seltenheit. Wir haben Berichte von dortigen Kolleginnen von über 270 Arbeitsstunden pro Monat. Kontrollen finden so gut wie keine statt. Den Beschäftigten werden Arbeitsrechte vorenthalten und Fleischbarone machen ihre Gesetze nach Gutsherrenart wie zur Zeit des Kaiserreiches.

Mit dem kranken System der Werkverträge werden von Unternehmen wie Müller Fleisch in Birkenfeld bewusst Tätigkeiten ausgegliedert, den Auftrag dann an Subunternehmen gegeben und die Beschäftigten machen dann dieselbe Tätigkeit, die sie vorher schon gemacht haben: im selben Unternehmen, neben der Stammbesellschaft und das alles für deutlich weniger Geld. Fast 90 Prozent der Fleischindustrie funktioniert über Werkverträge. Einziger Zweck dieser Dumpingkarawane aus Werkverträgen, ist es, die Löhne zu drücken und

Tarifverträge auszuhebeln. Dazu werden osteuropäische Menschen mit falschen Versprechungen nach Deutschland gekarrt, um hier ausgebeutet zu werden.

Der Subunternehmer meldet dann gerne am Monatsende Insolvenz an, so dass die Arbeiter*innen noch nicht mal das Geld haben um nach Hause zu fahren. Also geht es noch eine Runde weiter schufteten, während der Subunternehmer unter neuem Namen weitermacht.

Seit Jahren haben wir das Fleischwerk Müller-Fleisch in der Nähe von Pforzheim im Blick. Wir haben häufig versucht, mit den Beschäftigten ins Gespräch zu kommen. Doch dort regiert die Angst. Mit Hilfe von Übersetzerinnen von Faire Mobilität des DGBs konnten wir nach etlichen Versuchen das Vertrauen von einigen gewinnen, die uns über ihre Situation berichteten.

Sie führten uns zu einem ehemaligen Gasthaus mit nur einer Handvoll Fremdenzimmern. An den Briefkästen stehen um die 30 - 40 Namen. Sie leben dort in vergammelten Einrichtungen, mit heruntergekommenen sanitären Anlagen, ohne die Möglichkeit, auch mal für sich selbst zu sein. Die Jalousien der Fenster sind heruntergelassen, während dahinter die "Fleisch- Arbeiter-Armee" ihren wenigen Schlaf sucht. Fast die Hälfte der Tausend Beschäftigten bei Müller-Fleisch hat sich aufgrund dieser miserablen Bedingungen mit Corona infiziert.

Die Politik hat bewusst weggeschaut und unsere Appelle und Mahnungen ignoriert. Dass alles passierte mit einem hohen Maß an Verlogenheit aller daran Beteiligten. Von den Arbeitgebern sowieso, aber auch vom grünen Ministerpräsidenten, der dazu ein Schweigegelübte abgelegt hat, von der Landes- und Bundesregierung über sämtliche Bürgermeister, Bauern. Oder vom Minister Peter Hauck, der zynisch die Krise herunterspielte und erklärte, die Arbeitgeber hätten keine Fehler gemacht. Oder bayerische CSU Abgeordnete, die behaupten, die dort arbeitenden Menschen seien doch selbst Schuld an den Infektionen, da Rumänen nun mal geselliger seien als Deutsche. Das ist zum einen natürlich Rassismus in widerlichster Version, zum anderen ist es ein Skandal, dass solche menschenverachtenden Bedingungen überhaupt möglich sind, die man jahrelang ignoriert hat. Das darf nicht länger hingenommen werden und dagegen müssen wir alle gemeinsam, mit den Beschäftigten vor Ort, Widerstand organisieren.

Die Verhältnisse in den Schlachthöfen waren der Bundesregierung jahrelang bekannt und deshalb ist die Bundesregierung direkt mitverantwortlich für die jetzigen Missstände, die in den Schlachthöfen herrschen.

Nun endlich hat das Bundeskabinett durch unseren und durch öffentlichen Druck schärfere Regeln beschlossen. Jetzt endlich und viel zu spät, soll der Missbrauch von Werkverträgen in der Fleischindustrie verboten werden.

Ein erster richtiger Schritt, dem viele weitere Folgen müssen. Beispielsweise bei den Wohnverhältnissen. Da werden wir keine Ruhe geben und weiter Krach machen und präsent sein. Wir als NGG warnen die Bundesregierung davor, diesen Kabinettsbeschluss im Bundestag zu schleifen, zu verwässern und auf Druck der Fleischlobby daraus einen neoliberalen Weichkäse zu machen. Es muss Schluss sein mit menschenunwürdigen Lebensbedingungen in Sammelunterkünften, die die Gesundheit der Beschäftigten gefährden, und der Fleischmafia muss endlich und nachhaltig das Handwerk gelegt werden.

Wir erleben aktuell den größten wirtschaftlichen Einbruch der letzten Jahrzehnte. Bereits jetzt sind die sozialen Verwerfungen erheblich. Beispielsweise im Hotel- und Gastgewerbe. Dort arbeiten allein in Baden-Württemberg 220.000 Beschäftigte. Gastgewerbe sind von Kurzarbeit und Entlassungen bedroht und wissen nicht wie es für sie weitergehen soll. Wie soll eine Köchin oder ein Restaurantfachmann von knapp 700-800 Euro Netto im Monat halbwegs klar kommen?

Das Gastgewerbe ist im bundesweiten Lohnvergleich sowieso immer wieder trauriger Spitzenreiter bei niedrigen Löhnen. Und das, obwohl die Branche 10 Rekordumsatzjahre hinter sich hat. Aber Arbeitgeber verschenken das Geld nun mal nicht freiwillig und das zeigt wiederum, dass gewerkschaftliche Organisation unverzichtbar ist, um sich in die Lage zu versetzen, dieses ganze Geld auch an die Beschäftigten umzuverteilen.

Branchenübergreifend sind über 10 Millionen Menschen in Kurzarbeit. Und es zeigt deutlich, wie wichtig starke Gewerkschaften sind. In vielen Branchen haben wir als NGG in den wir eine starke Organisationsbasis besitzen, Aufzählungen bis zu 90 % des Nettolohns bei den Arbeitgebern durchgesetzt. Wie in der Ernährungsindustrie oder in der Systemgastronomie. Wo der aktive Zusammenschluss der Fast Food Workers United in der NGG, nach einer bundesweiten und beispiellosen Streikbewegung, bis zu 27% mehr Geld erkämpft hat. Da haben die Arbeitgeber Respekt und da setzen wir auch mehr durch.

Doch Corona wird genutzt, um den Klassenkampf von oben gegen abhängig Beschäftigte weiter zu forcieren. Jetzt kommt der Wirtschaftsflügel der CDU an und will den Mindestlohn nicht. Während Unternehmen Kurzarbeitergeld beantragen,

gleichzeitig mit Milliardenhilfen gerettet werden und weiter Dividenden ausschütten, sollen die Beschäftigten weiter geschröpft werden.

Darüber hinaus wurden Experimente mit dem Arbeitszeitgesetz gestartet und befristet die täglichen Höchstgrenzen auf bis zu 12 Stunden in systemrelevanten Berufen ausgeweitet. Damit erfüllt das SPD Arbeitsministerium der Kapitaleseite, den großen Wunsch nach Erhöhung der täglichen Arbeitszeit. Die Neoliberalen wollen schon lange den Gesundheitsschutz zugunsten von Profitmaximierung, Deregulierung und Flexibilisierung opfern.

Wir sagen ganz klar, das Arbeitszeitgesetz ist ein Schutzgesetz für Beschäftigte. Und wer es aufweicht, zerstört diesen Schutz und greift uns alle an.

Aus unserer Sicht muss die Arbeitszeitdebatte ganz anders geführt werden. Wir wollen mehr Zeit haben, mehr Zeit um zu leben, zu lieben, zu lernen und uns zu engagieren oder einfach mal faul in der Hängematte zu liegen und nicht permanente Lohnarbeit zu leisten. So sieht aus unserer Sicht eine fortschrittliche Arbeitszeitdebatte aus und nicht anders.

Diejenigen, die versuchen, die Krisenlasten auf uns abzuwälzen, denen müssen wir antworten: „Nicht auf unserem Rücken!“

Aber das falscheste wäre jetzt, einfach den Zustand von vor der Krise wieder herstellen zu wollen. Und so zu tun, als gebe es keine Klimakrise, keine Ausbeutung, keine Niedriglöhne, kein Auseinanderklaffen von Arm und Reich und keinen Notstand an bezahlbaren Wohnraum. Krise heißt auch Wendepunkt, wir brauchen dringend eine Richtungsänderung hin zu sozialer Gerechtigkeit, zu nachhaltigem und emissionsfreien wirtschaften, zur gerechten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Wir brauchen einen sozial-ökologischen Systemwechsel und das am besten global.

Wir brauchen ein Systemwechsel im Sinne derjenigen die ihre Arbeitskraft als Ware verkaufen müssen, um über die Runden zu kommen. Deswegen geht unser gewerkschaftlicher Solidaritätsbegriff über den Erwerbslosen, den prekär Beschäftigten, der Kernbelegschaft, den Azubis, den Studierenden, bis hin zum Solo-Selbständigen, den Kleinstunternehmerinnen und den Geflüchteten. Wir alle gemeinsam müssen sagen: „Nicht auf unsrem Rücken!“

Es wird Zeit, dass endlich die zur Finanzierung der Krise herangezogen werden, die die letzten Jahrzehnte unermesslichen Reichtum aus der Arbeit anderer angehäuft haben. Das mag jetzt radikal klingen, sollte allerdings eine Selbstverständlichkeit

sein. Wir sollten nicht so viel Mitleid mit Kapitalisten haben, sondern sie zur Kasse bitten und endlich die Profiteure der Verhältnisse für die Krise bezahlen lassen.

Wir Gewerkschaften werden mit euch gemeinsam – und am besten mit euch in unseren Reihen- dafür kämpfen, einen möglichst großen Teil der Unternehmensgewinne als Lohn und somit zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen umzuverteilen und wir werden weiter dafür streiten, die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit in die Richtung der abhängig Beschäftigten zu verschieben.

Wer für soziale Gerechtigkeit und eine gesellschaftliche Transformation kämpft, braucht starke Gewerkschaften und führt diesen Kampf am besten in Gewerkschaften. Wir brauchen euch alle, wir müssen den Schritt wagen, aktiv werden, uns einbringen und Kolleginnen und Kollegen organisieren.

Es ist doch klar, dass die einzige Macht, die Lohnabhängige wirklich haben, ihre Anzahl ist. Und wenn sich Beschäftigte dieser Macht bewusst sind und sich zusammenschließen, dann entscheidet das darüber, wie erfolgreich wir sein können. Ich habe Gewerkschaften immer als Arbeitnehmer*innenkampfvereine verstanden und genau das müssen wir stärken. Jetzt in der Krise ist genau der richtige Zeitpunkt dafür, damit die Kapitalseite in den kommenden Auseinandersetzungen, im Sinne von „Nicht auf unserem Rücken!“ richtig Respekt vor uns hat.

Und dazu gehört eben auch, dass unser Verständnis von Solidarität keine Grenzen kennt. Wir wollen und dürfen keine Trennlinien ziehen: keine nach Geschlecht, keine nach Hautfarben, keine nach Einheimischen oder Ausländern oder Flüchtenden, keine nach sexueller Orientierung, keine nach Stamm- oder Randbelegschaft. Wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wissen, dass wir unsere gemeinsamen Interessen gegenüber Kapital und Politik nur in Solidarität durchsetzen können, die alle einschließt.

Ja, es geht um Solidarität – und es geht darum, dass die Krisenlasten nicht auf unserem Rücken abgewälzt werden. Doch es geht auch mehr denn je, um die Überwindung eines Weltwirtschaftssystems, das auf globaler Ausbeutung beruht und darauf gründet – rücksichtslos - aus Geld noch mehr Geld zu machen, das Menschen in Chancenlose und in Menschen mit Chancen aufteilt. Das muss sich ändern!